

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Christian Dürr, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Daniela Klukert, Pascal Kober, Wolfgang Kubicki, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Alexander Müller, Dr. Stefan Ruppert, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudely, Bettina Stark-Watzinger, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe) und der Fraktion der FDP

Prävention ernst nehmen – Die Krise in Kamerun eindämmen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Konflikt zwischen der anglophonen Minderheit und der Zentralregierung in Kamerun spitzt sich seit Monaten in besorgniserregender Weise zu. Nach der symbolischen Ausrufung eines eigenen Staates „Ambazonien“ durch anglophone Separatisten im Herbst 2017 eskalierte die Gewalt; es gab hunderte Todesopfer und tausende Verletzte.

Die Wurzeln dieses Konfliktes reichen bis in die Kolonialzeit zurück. Anfang der 1960er Jahre entstand im Zuge der Entkolonialisierung aus vormals teils britischem und teils französischem Mandatsgebiet die Föderative Republik Kamerun. In diesem Staat wurden nicht nur die beiden Sprachen gesprochen, sondern es existierten auch die beiden unterschiedlichen Justizsysteme der vormaligen Kolonialmächte parallel weiter. Dies brachte ein grundverschiedenes Rechtsempfinden auf beiden Seiten mit sich. Nach einem 1972 durchgeführten Referendum wurde aus der föderativen Bundesrepublik ein frankophon dominierter Einheitsstaat. Die englischsprachige Minderheit im westlichen Landesteil Kameruns fühlt sich seit Jahren von der frankophonen Zentralregierung marginalisiert und benachteiligt.

Auslöser der aktuellen „anglophonen Krise“ waren Demonstrationen und Streiks von Anwälten, Lehrern und Studierenden im Herbst 2016, die sich gegen die zunehmende

Frankophonisierung des Justiz- und Bildungssystems richteten. Die Proteste fanden Unterstützung bei weiten Teilen der lokalen Bevölkerung und richteten sich sowohl gegen die Benachteiligung der anglophonen Region als auch gegen die generelle soziale, politische und wirtschaftliche Situation Kameruns. Es wurden Forderungen nach einer stärkeren politischen Teilhabe und nach föderalen Strukturen gestellt. Separatistische Gruppen gingen noch einen Schritt weiter und forderten die Loslösung der anglophonen Gebiete von Kamerun. Gespräche zur Vermittlung zwischen der Regierung und Vertretern der Zivilgesellschaft in den anglophonen Gebieten verliefen bisher ergebnislos.

Die Gewalt, an der Sicherheitskräfte der Regierung und Angehörige der Protestbewegung beteiligt sind, droht weiter zu eskalieren. Die Regierung reagiert zunehmend mit Repressionen, Inhaftierungen und Gewalt auf Protestaktionen und geht militärisch gegen militante Separatisten vor. Diese wiederum attackieren Polizeikräfte und verüben Anschläge und Angriffe auch gegen Zivilisten. Im Zuge der gewaltsamen Auseinandersetzungen wurden Dörfer zerstört oder geplündert. Diese Dynamiken führen zu einer steigenden Zahl von geschätzt 150.000 Binnenflüchtlingen in den englischsprachigen Regionen (<https://reliefweb.int/map/cameroon/cameroon-humanitarian-crisis-may-2018-dg-echo-daily-map-15052018>) und tragen möglicherweise auch zu einer weiteren Radikalisierung der anglophonen Minderheit bei. Insgesamt verschlechtert sich die Menschenrechtslage in den beiden anglophonen Provinzen South West und North West dramatisch. Viele Eltern schicken ihre Kinder aufgrund der unsicheren Lage nicht mehr in die Schule; einige Schulen blieben zeitweise auch als Protestaktion geschlossen.

Neben der „anglophonen Krise“ stellt Boko Haram nach wie vor eine Sicherheitsbedrohung für Kamerun dar. In der nördlichsten Provinz Kameruns, Far North, die an Nigeria und Tschad grenzt, ist Boko Haram aktiv. Seit 2014 sind dort 2.000 Zivilisten und Soldaten ums Leben gekommen. Aufgrund der hohen Zahl der in Kamerun lebenden Flüchtlinge ist die humanitäre Situation angespannt. 242.000 Menschen leben als Binnenvertriebene im Land. 91.000 Menschen sind vor Boko Haram aus Nigeria nach Far North geflohen. Hinzu kommen weitere 236.000 Flüchtlinge, die aus der Zentralafrikanischen Republik nach Kamerun geflohen sind.

Ein weiterer Faktor, der die Lage in Kamerun im Jahr 2018 zusätzlich destabilisieren könnte, sind die für dieses Jahr angesetzten Präsidentschaftswahlen sowie die Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Kommunalparlamenten. Es wird erwartet, dass der mittlerweile 84-jährige Präsident Paul Biya, der seit 1982 im Amt ist, zur Wiederwahl antritt und die regierende Partei an der Macht bleibt. Demgegenüber könnten manipulierte oder als unfair erachtete Wahlen die Legitimität der Regierungspartei weiter mindern und zur Konflikteskalation beitragen.

Lange Zeit galt Kamerun in der von Instabilität, Hunger und Krisen gezeichneten Region Zentralafrikas als Stabilitätsanker. Nun allerdings hat die renommierte Nichtregierungsorganisation International Crisis Group in ihrem Bericht „early-warning Watch List“ Kamerun als eines von zehn Ländern bzw. Regionen identifiziert, für die im Jahr 2018 ein besonders hohes Risiko von Destabilisierung und Gewalteskalation besteht.

Die vielfältigen Krisen des Landes bedrohen auch die Wirtschaft und den Handel. Die durch Entschuldungsprogramme zunächst deutlich verringerte Staatsverschuldung weist heute wieder eine stark steigende Tendenz auf. Gleichzeitig besteht eine zunehmende Abhängigkeit von China. Die Volksrepublik sichert sich durch die Vergabe von Krediten und den Bau von Infrastruktur-Großprojekten sowie durch ein stetig wachsendes Handelsvolumen Einfluss auf Kamerun. Der Handel mit Deutschland hingegen stagniert auf niedrigem Niveau.

Deutschland hat Kamerun für den Zeitraum von 2017 bis 2019 100,5 Millionen Euro für Entwicklungshilfe zugesagt. Doch die anglophone Krise bedroht teilweise akut die

Weiterführung und Umsetzung von Projekten. Dies gilt auch für die vielfältigen Hilfsprojekte der deutschen Zivilgesellschaft in Kamerun. Initiativen zu fair gehandeltem Kaffee oder gemeinnützige Projekte der Kirchen kommen durch die angespannte Sicherheitslage sowie durch ausbleibende freiwillige Kräfte zum Erliegen.

Über die Entwicklungshilfe hat Deutschland Kamerun unter anderem mit einem zwölf Jahre währenden Vorhaben zur Dezentralisierung unterstützt. Aktuell besteht ein Schwerpunkt deutscher Zuwendungen für Kamerun in Projekten zu guter Regierungsführung. In beiden Bereichen scheinen die Zielsetzungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit angesichts der eskalierenden anglophonen Krise deutlich verfehlt worden zu sein. Eine kritische Evaluierung dieser Projekte kann Aufschluss über die Zweckmäßigkeit ihrer Fortsetzung bzw. für künftige Engagements geben.

Schnelles, präventives Handeln Deutschlands und der EU kann jetzt dazu beitragen, einer weiteren Destabilisierung und Eskalation der Krise entgegenzuwirken. Dazu kann und sollte Deutschland als einer der größten bilateralen Geber seinen Einfluss in Kamerun sowohl durch Diplomatie als auch durch die Steuerung von Entwicklungsprogrammen im Zusammenspiel mit der EU und weiteren multinationalen Organisationen einsetzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich um eine Lösung des Konflikts gemeinsam mit den europäischen Partnern und dem EAD (EAD – Europäischer Auswärtiger Dienst) zu bemühen;
2. alle am Konflikt beteiligten Akteure aufzurufen, die Menschenrechte zu achten und Gewalt zu vermeiden;
3. gegenüber der Regierung Kameruns die große Besorgnis über die zunehmende Gewalteskalation auszudrücken;
4. gegenüber der Regierung Kameruns auf die Einhaltung rechtstaatlicher Standards beim Einsatz der kamerunischen Sicherheitskräfte zu dringen;
5. gegenüber der Regierung Kameruns auf die Freilassung von politischen Gefangenen zu dringen;
6. sich im Rahmen der Vereinten Nationen für die Aufklärung von im Zuge des aktuellen Konflikts begangenen Menschenrechtsverletzungen durch den UN-Menschenrechtsrat in Genf einzusetzen;
7. bei der Afrikanischen Union auf Unterstützung für eine friedliche Lösung der Krise hinzuwirken;
8. den Dialog über Reformen zwischen der Regierung und Vertretern der anglophonen Regionen anzuregen und inklusive Dialogformate zu fördern;
9. die integrativen Kräfte in den Kirchen bei der Vermittlung zwischen Regierung und anglophonen Vertretern zu unterstützen;
10. die zivilgesellschaftlichen Akteure der anglophonen Landesteile dahingehend zu stärken, dass sie sich auf einen gemeinsamen Standpunkt sowie einen Katalog von an die Regierung zu stellenden Forderungen verständigen und sich damit in den demokratisch gewählten Institutionen sowie in der Öffentlichkeit Gehör verschaffen können;
11. die Regierung Kameruns dabei zu unterstützen, die in der Verfassung vorgeschriebene politische Dezentralisierung umzusetzen;
12. die Wahlkommission zu stärken und ihre Unabhängigkeit zu unterstützen;
13. im Bereich Entwicklungszusammenarbeit verstärkt Projekte mit lokalen zivilgesellschaftlichen Partnern umzusetzen;
14. die geplante Ertüchtigungsinitiative angesichts des Vorgehens der Sicherheitskräfte gegen die anglophone Minderheit zu überprüfen und gegebenenfalls die

laufenden Planungen abzubereiten;

15. die Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit, Dezentralisierung und gute Regierungsführung, auf ihre Wirksamkeit und Fortführung angesichts aktueller innenpolitischer Entwicklungen zu überprüfen und Programme bzw. finanzielle Zusagen gegebenenfalls zu konditionalisieren;
16. gegebenenfalls bei einer weiteren Eskalation der anglophonen Krise auch das Einsetzen von Sanktionen, wie z. B. Einreise- bzw. Visabeschränkungen für den Schengen-Raum, gegen Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen zu prüfen.

Berlin, den 26. Juni 2018

Christian Lindner und Fraktion